

Entwicklungen und Herausforderungen beim Kampf gegen die Armut

- in Deutschland, in NRW sowie im Ruhrgebiet -

1. Was verstehen wir unter Armut?

Wenn wir in Deutschland über Armut reden, geht es in aller Regel nicht um die „absolute“ Armut, die mit existentieller Not einhergeht wie Hunger, Elend, kein Zugang zu sauberem Trinkwasser, kein Dach über dem Kopf usw., sondern es geht in aller Regel um die sogenannte „relative Armut“, d.h. es wird der Bezug zur übrigen Gesellschaft eines Landes hergestellt.

Als arm gilt in Deutschland, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Medianeinkommen) zur Verfügung hat. Dabei geht man vom monatlichen Nettoeinkommen sowie allen staatlichen Transferleistungen wie Kindergeld / Kinderzuschlag / Wohngeld sowie sonstige Zuwendungen wie Kapitalerträge oder Mieteinnahmen aus.

Nach dem sogenannten Mikrozensus lag die Armutsschwelle in 2015 in Deutschland für einen Single bei 942 Euro, bei einem Paar ohne Kind bei 1.413 Euro, bei einer Alleinerziehenden mit einem Kind 1696 Euro und bei einem Paar mit 2 Kindern bei 1.978 Euro.

Wer unterhalb dieser Werte liegt, kann nicht im erforderlichen und gewünschten Maße am gesellschaftlichen Leben teilnehmen - für diese Personengruppe reduzieren sich Teilhabe- und Verwirklichungsmöglichkeiten im großen Umfang.

2. Zur aktuellen Situation - Verteilung der Armut in Deutschland und in NRW (1)

Trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung ist die Armut in Deutschland, in NRW und im Ruhrgebiet weiter gestiegen und hat sich weiter verfestigt:

Die Armutsquote erreichte zuletzt in Deutschland eine neue Negativ-Rekordhöhe von 15,7 % (in 2006 lag die Quote noch bei 14,0 %). Das bedeutet, dass aktuell 12,9 Millionen Menschen in Deutschland unterhalb der soeben genannten Einkommensarmutsgrenze leben. In Nordrhein-Westfalen liegt die aktuelle Armutsquote noch höher, ebenfalls auf einem negativen Rekordstand von 17,5 % (gegenüber 13,9 % in 2006). Im Länder-Ranking liegt NRW an 10. Stelle, die geringsten Armutsquoten weisen die wohlhabenden Länder Bayern mit 11,6 % und Baden-Württemberg mit 11,8 % aus - die Schlusslichter bilden Bremen mit 24,8 % und Berlin mit 22,4 %.

Armut ist in Nordrhein-Westfalen sehr unterschiedlich verteilt: In den Regionen Arnsberg, Bonn, Siegen und Münster liegt die Armutsquote zwischen 13,5 % und 14,6 % - dagegen hat sich das Ruhrgebiet mit einer Quote von 20,2 % zum Armenhaus in NRW entwickelt. In 2005 hatte der Wert noch bei 16,2 % gelegen. In keiner anderen Region dieser Größenordnung wuchs die Armut im 10-Jahresvergleich mit 24,7 % derart stark an, wie in diesem größten Ballungsraum Deutschlands mit seinen über 5 Millionen Einwohnern. Damit fällt jeder 5. Einwohner im Ruhrgebiet unterhalb der Armutsgrenze - mehr als 1 Million Menschen.

Und wie sieht es in Bochum aus? Für die Stadt Bochum weist der Armutsbericht keine gesonderten Zahlen aus. Hier werden die Städte Bochum und Hagen als sogenannte "Raumordnungsregion 43" zusammengefasst. Die Werte hier sind mit 19,4 % nur leicht besser als im übrigen Ruhrgebiet. Auch die ausgewiesene SGB II Quote, also die Anzahl der

Menschen, die „Hartz IV“ beziehen, beläuft sich mit 14,6 % auf einem neuen Negativ-Rekordstand in unserer Stadt.

In den Nachbarstädten sieht es bei der SGB-II Quote häufig noch schlechter aus: Dortmund 18,5 %, Essen 19,2 %, in Gelsenkirchen sind es sogar 23,7 % (höchster Stand im Ruhrgebiet) - der Ennepe-Ruhr Kreis weist hingegen mit nur 10,5 % den geringsten Stand auf.

3. Risikogruppen

Zu den Risikogruppen, die besonders von Armut betroffen sind, gehören der Reihe nach geordnet beginnend mit dem höchsten Risiko:

- Erwerbslose / Arbeitslose	59,0 %
- Alleinerziehende	43,8 %
- Ausländer	33,7 %
- Menschen mit geringer beruflicher Qualifikation	31,5 %
- Menschen mit Migrationshintergrund	27,7 %
- Familien mit 3 und mehr Kindern	25,2 %
- Rentner	15,9 %
- Erwerbstätige	7,8 %

Im 10-Jahresvergleich (2015/2005) waren bei den folgenden Risikogruppen die stärksten Anstiege zu verzeichnen:

Alleinerziehende	+ 4,5 Prozentpunkte / Anstieg 11,5 %
Arbeitslose	+ 9,4 Prozentpunkte / Anstieg 19,0 %
Geringqualifizierte	+ 8,4 Prozentpunkte / Anstieg 36,4 %
Rentnern	+ 5,2 Prozentpunkte / Anstieg 49,0 %

Noch ein kurzer Blick auf die Gruppe der Erwerbstätigen - also auf diejenigen, die trotz Erwerbstätigkeit unter der Armutsgrenze liegen. Selbst in dieser Zielgruppe stieg die Quote innerhalb der letzten 10 Jahre von 7,3 % auf 7,8 %. Ein klarer Indikator für die Problematiken des Niedriglohnssektors bzw. von prekären Beschäftigungsverhältnissen.

4.1. Beispiel Arbeitslosigkeit / Langzeitarbeitslosigkeit

Arbeitslose bilden mit einem Anteil von 59 % die größte Gruppe der von Armut betroffenen Menschen. Arbeitslosigkeit ist damit eine der wesentlichen Risiken und Ursachen für Armut in Deutschland. Mit der Einführung der Hartz-Gesetze hat sich die Armutsentwicklung weiter verschärft.

2/3 aller Arbeitslosen befinden sich derzeit im Hartz-System und müssen mit Leistungen auskommen, die nicht ausreichen, um Armut vollständig zu überwinden. Um das soziokulturelle Existenzminimum abzudecken, müsste der Regelsatz mindestens 520 € statt derzeit 409 € betragen.

Trotz einer steigenden Anzahl von Erwerbstätigen von 39 Millionen auf aktuell über 44 Millionen sind die Schattenseiten der Agenda 2010 unübersehbar:

- a) Die Zahl der Leiharbeiter wuchs von 300.000 auf über 1 Million Menschen.
- b) Die Zahl der Minijobber liegt bei rund 7 Millionen Menschen.
- c) Etwa jede/r Vierte in Deutschland arbeitet im Niedriglohnssektor.
- e) - 3/4 der rund 6 Millionen Hilfebedürftigen sind Langzeitbezieher - beziehen die Leistungen also bereits seit mindestens 1 Jahr und
- 42 Prozent sind bereits 4 Jahre und länger im Bezug
- f) Die Zahl der Langzeitarbeitslosen liegt seit Jahren bei rund 1 Million Menschen.

Was ist zu tun angesichts dieser unverkennbaren negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt?

Es wird Zeit, diesen gespaltenen Arbeitsmarkt wieder zusammenzuführen, die Fehlentwicklungen der Agenda 2010 zu korrigieren und insgesamt vor mutigen Richtungswechseln nicht zurückzuschrecken.

Der Paritätische Gesamtverband hat hierzu in diesem Jahr ein Konzept mit insgesamt 15 Punkten entwickelt und vorgelegt. Ich will hier einige wichtige Kernelemente herausgreifen und kurz stichwortartig benennen:

1. Dem Missbrauch von Leiharbeit einen Riegel vorschieben.
2. Minijobs sozial absichern.
3. Mindestlohn anheben - wenn er armutsfest sein soll - auf derzeit mind. 11,68 €.
4. Aktive Arbeitsförderung ausbauen und Qualifizierungsangebote erweitern.
5. Einen öffentlich geförderten, sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose schaffen.
6. Mindestarbeitslosengeld einführen und Sanktionen abschaffen.

4.2. Beispiel Altersarmut

Armut ist bei der Gruppe der Rentnerinnen und Rentner so stark gestiegen wie in keiner anderen Bevölkerungsgruppe. Altersarmut hat zwei zentrale Indikatoren:

1. relative Einkommensarmut
2. Quote der Grundsicherungsbezieher

Zur Einkommensarmut hatte ich bereits ausgeführt, dass diese auf 15,9 % angestiegen ist - damit ist fast jeder 6. Rentner von Armut betroffen.

Bei der Grundsicherung ergibt sich ein Anstieg im 10-Jahresvergleich von 630.000 auf inzwischen 1026.000 Menschen. Besonders betroffen hierbei ist die Altersgruppe der unter 70-Jährigen - ihr Anteil hat sich nahezu verdoppelt.

Neben den statistisch erhobenen Zahlen kommt noch die verdeckte Armut hinzu: viele ältere Menschen verzichten überproportional häufig aus Scham, Furcht oder aus Unwissenheit auf ihre gesetzlichen Ansprüche. Nach einer Simulationsberechnung von Irene Becker betrifft dies 2 von 3 Personen. Das heißt, es kommen noch einige Hunderttausend hinzu, die als altersarm gelten müssen.

Zur Bekämpfung von Altersarmut hat der Paritätische Gesamtverband in diesem Jahr ebenfalls ein umfassendes Konzept vorgelegt. Es umfasst insgesamt 11 Punkte zur Altersabsicherung: Ich nenne kurz einige wichtige Kernelemente:

1. Das Rentenniveau bei 53% zu stabilisieren - statt es immer weiter abzusenken.
2. Alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen.
Zeiten der Ausbildung, Pflege und Erziehung besser berücksichtigen.
3. Mit guter Arbeit und guten Löhnen Altersarmut vorbeugen.
4. Altersgrundsicherung reformieren: z.B. Regelsatz für einen Alleinstehenden auf 572 Euro anheben statt bisher 409 Euro.
5. Zwangs-Verrentung abschaffen: flexiblen Renteneintritt ermöglichen.
Ab dem 60. Lebensjahr die Möglichkeit ohne Abschläge nach 40 Jahren in Rente zu gehen.

Kurz erwähnen möchte ich noch 2 weitere Bereiche, die unmittelbar von Armut betroffen sind:

4.3. Beispiel Kinderarmut

Die seit Jahren erschreckend hohe Zahl von 2,5 Millionen Kindern und Jugendlichen in Armut, die in der Regel über mehrere Jahre andauert, zeigt das Versagen der bestehenden Sicherungssysteme und leider auch das fehlende Interesse, daran derzeit etwas zu ändern. Der Paritätische plädiert daher – gemeinsam mit vielen anderen Verbänden - für eine bedarfsdeckende, einkommensorientierte Kind-Grundsicherung außerhalb des SGB II-Systems.

4.4. Beispiel Wohnungslosigkeit

Nach einer aktuellen Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslose aus November 2017 wird die Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland von ca. 860.000 in 2016 auf ca. 1,2 Millionen bis zum Jahr 2018 steigen, einschließlich der wohnungslosen anerkannten Flüchtlinge.

Ein Kernproblem hierbei ist sicherlich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und damit der gleichberechtigte Zugang insbesondere für untere und mittlere Einkommensgruppen zum Wohnungsmarkt. Hierbei gilt es insbesondere den sozialen Wohnungsbau zu verstärken und einen gemeinnützigen Wohnungssektor einzuführen.

5. Fazit und gesellschaftspolitischer Handlungsbedarf

Die genannten Zahlen zeigen, dass die Armut in Deutschland, in NRW und insbesondere im Ruhrgebiet weiter angestiegen ist und sich weiter verfestigt hat. Sie betrifft immer mehr Bevölkerungsgruppen. Insgesamt erweist sich unsere Gesellschaft aktuell als deutlich gespalten und dies in einer Weise, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Bevölkerungsgruppen zunehmend gefährdet. So sind z.B. die flächendeckenden Wahlerfolge der AFD auf kommunaler, Länder- und auf Bundesebene Ausdruck bzw. Folge der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland.

Die Disparitäten sind nicht nur in sozialer Hinsicht gegeben, sondern spiegeln sich insbesondere auch in den sehr unterschiedlichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen in unserer Gesellschaft wieder. So stellte das DIW in 2015 fest : " Während die realen Einkommen der obersten Prozent um mehr als 15 % stiegen, stagnieren sie in der Mitte der Einkommensverteilung und waren in den unteren Einkommensgruppen sogar rückläufig". Bei der Vermögensverteilung ist die Diskrepanz noch erheblicher:

Während 40% der Bevölkerung gar kein Vermögen hat und der untere Bereich sogar vielfach verschuldet oder überschuldet ist - verfügen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über 63 % und das reichste Hundertstel der Bevölkerung sogar über 29 % des gesamten Nettovermögens in Deutschland. Deutschland gilt gemeinsam mit Österreich als das Land mit der höchsten Vermögensungleichheit in Europa.

Trotz hervorragender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist es zu keinem Zeitpunkt gelungen, Armut und Ungleichheit in Deutschland spürbar zu reduzieren. Es ist auch nicht erkennbar, dass Politik sich ernsthaft darum bemüht, Armut konsequent zu bekämpfen. Erforderlich und längst überfällig ist es, zu einer Politik zurückzufinden, die soziale Sicherheit wiederherstellt, Armut bekämpft und Aufstiegsmöglichkeiten schafft. Benötigt wird nach Ansicht unseres Paritätischen Gesamtverbandes eine umfassende "Agenda des Sozialen", einen Masterplan, der fast alle sozialen Sicherungssysteme betrifft und diese armutsfest ausgestaltet.

Das alles kostet Geld und braucht zusätzliche Einnahmen. Es ist daher eine grundlegende Umkehr in der Finanz- und Steuerpolitik erforderlich, die sich zur Notwendigkeit der Umverteilung - von oben nach unten - bekennt und in der stärkere Schultern im Interesse des Ge-

meinwohls auch wieder stärkere Lasten übernehmen. Der Paritätische Gesamtverband schlägt daher u.a. vor:

1. Die Vermögenssteuer zu reaktivieren.
2. Die Erbschaftssteuer zu reformieren, dabei sollen kleine und mittlere Erbschaften durch entsprechende Freibeträge weitestgehend geschützt werden.
3. Kapitalerträge sind wie andere Einkommen zu versteuern (Abschaffung der Kapitalertragssteuer).
4. Anhebung der Spitzensteuersätze bei der Einkommenssteuer.
5. Umsetzung der Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene.

All diese Maßnahmen würden zusätzliches Geld einbringen, mit dem wir die so dringend benötigten sozialpolitischen Weichenstellungen einleiten und vornehmen könnten. Die Qualität einer Gesellschaft bemisst sich letzten Endes bekanntermaßen immer daran, ob es ihr gelingt, die Schwächsten mitzunehmen und teilhaben zu lassen. Diese Menschen sind auf unsere Solidarität angewiesen und Solidarität ist etwas, was wir hier im Revier eigentlich sehr gut können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Erfolg für Ihr weiteres Wirken. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit. Danke sehr!

Bochum, den 4.12.2017

Thomas Röhl
Der Paritätische NRW
- Kreisgruppengeschäftsführer -
Kreisgruppen Bochum und Herne

(1) Alle im Referat genannten Daten, Entwicklungen und Vorschläge stammen aus folgenden Quellen des Paritätischen Gesamtverbandes / Berlin:

- "Menschenwürde ist Menschenrecht" - Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017, herausgegeben vom Paritätischen Gesamtverband 2017
- "Abschied vom Aufstieg!?" Paritätisches Jahresgutachten 2017, Paritätischer Gesamtverband 2017
- Paritätische Positionen "Mut zu Korrektur: Ein arbeitsmarktpolitischer Auftrag", Paritätischer Gesamtverband 2017
- Paritätische Positionen "Mut zur Korrektur: Ein alterungssicherungspolitischer Auftrag", Paritätischer Gesamtverband 2017